

## Kapitalmarkt-Booster für Österreich

Warum sich immer mehr Menschen für Aktien & Co interessieren, wieso Klimaschutz einen starken Aktienmarkt braucht und welche Anreize jetzt gesetzt werden müssen.



Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

unsere  
INDUSTRIE  
hilft 

INITIATIVE  
IV-Task-Force „Unsere Industrie  
hilft“ eingerichtet

Seite 3



KRIEG IN DER UKRAINE  
Paradigmenwechsel bei der  
Energieversorgung?

Seite 4



WIEN  
Neuaufgabe für Standortabkommen

Seite 10

# Wie sich der Krieg in der Ukraine auf die Industrie auswirkt

Welche Effekte die EU-Russland-Sanktionen auf die Industrie haben und warum der tatsächliche Schaden noch nicht abschätzbar ist.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine bedeutet nicht nur für die europäische Sicherheitsarchitektur eine Zäsur. Auch die international vernetzte Wirtschaft ist von den Auswirkungen des militärischen Konflikts in unterschiedlichen Dimensionen massiv betroffen. Wie stark, hängt naturgemäß vom Grad der Verflechtung ab. Für Österreich ergibt sich dabei ein ambivalentes Bild.

Als zweitgrößter Investor ist Russland bedeutender Wirtschaftspartner, 650 heimische Unternehmen führen Niederlassungen im größten Land der Erde. Zu den rot-weiß-roten Lieferungen zählen bisher Maschinen und Anlagen, Pharmaerzeugnisse oder Lebensmittel. Umgekehrt importiert Österreich Gas, Öl und weitere Rohstoffe. In der Ukraine wiederum sind heimische Betriebe der sechstgrößte Auslandsinvestor und mit 200 Niederlassungen vertreten. Mit 190 Millionen Menschen sind beide Länder schon wegen ihrer Größe ein interessanter Markt. Dabei darf allerdings nicht das geringe ökonomische Gewicht beider Staaten übersehen werden: Trotz seiner 145 Millionen Einwohner liegt Russland beim globalen Vergleich der Wirtschaftsleistung (BIP) nur auf Rang 11 und damit zwischen Südkorea und Spanien. Die Ukraine reiht sich mit Rang 54 deutlich hinter Österreich (28) ein.

## Sinkende Nachfrage & Investitionen

Die ersten Sanktionen treffen vorwiegend die russischen Verantwortlichen und Staatsunternehmen – sowie in überschaubarem Ausmaß europäische und österreichische Betriebe. Der Schaden für die Industrie entsteht direkt durch einzelne Sanktionen, wie etwa Exportverbote für Hightech-Produkte. Die IV wies zudem auf die gravierenden indirekten Auswirkungen hin: Konkrete Beispiele dafür sind die sinkende Nachfrage, auf den Prüfstand gestellte Investitionen bis hin zu Unterbrechungen von Lieferketten, die bereits sehr früh zu Produktionsausfällen geführt haben. Wie weit die Sanktionsschraube gedreht wird, war bis Redaktionsschluss der aktuellen Ausgabe der „iv-positionen“ nicht absehbar.

In der ORF-Diskussionssendung „Im Zentrum“ stellte IV-Präsident Georg Knill klar, dass Europa geschlossen gegen die Aggression auftreten müsse und alle sinnvollen Instrumente genutzt werden sollten, um Frieden herstellen. Dabei betonte er aber auch, dass die Maßnahmen sehr schmerzhaft für zahlreiche Unternehmen in Österreich seien. Entscheidend sei, dass trotz der Einschränkungen die Industrie am Laufen bleibe – schon im Interesse der Versorgungssicherheit im Land. Die IV sprach sich daher Anfang März deutlich gegen ein Gas-Embargo aus. Denn Österreich braucht diesen Energieträger, um Produktion,

Beschäftigung und Wohlstand zu sichern (siehe Bericht auf Seite 4).

Wie wirken Sanktionen gegen Russland und helfen sie dabei, politische Ziele zu erreichen? Erste Schätzungen sprechen von einem Sinken der Wirtschaftsleistung um zehn bis 20 Prozent. Aktuell verhängt sind Finanzsanktionen, mit der die Finanzierung Russlands

auf den internationalen Kapitalmärkten erschwert werden soll. Das Ziel ist, durch die Sperrung des EU-Luftraums und erschwerten Visa-Vergaben das größte Land der Erde international zu isolieren. Auch wenn auf Sicht die Beziehungen zu Moskau von diesem Krieg geprägt sein werden, darf die Brücke zum russischen Volk jedoch nicht zer schlagen werden.



IV-Präsident Georg Knill erörterte in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die österreichische Industrie.

## GASTKOMMENTAR

# Ein Papiertiger schärft seine Krallen

Zwischen Pandemie und Krieg rutschen derzeit andere Themen ins Abseits. Verständlich. Das Lieferkettengesetz, das die EU auf den Weg geschickt hat, beispielweise. Es verdient aber Aufmerksamkeit.

Die Stoßrichtung des vorgelegten Entwurfs der Europäischen Kommission: Unternehmen sollen für die Produktionsweisen und Arbeitsbedingungen ihrer Lieferanten stärker in die Pflicht genommen werden und für Verstöße entlang dieser Lieferketten auch zivilrechtlich haften. Damit will man die Einhaltung von Mindeststandards bei Menschenrechten, im Umwelt- und Klimaschutz erzwingen – egal, wo auf der Welt die Waren produziert werden. Erhoffter Kollateralnutzen: mehr Transparenz.

Keine Kinderarbeit, keine Umweltsünden mehr, dafür existenzsichernde Löhne, grüne Kreislaufwirtschaft und überhaupt mehr Fairness und Nachhaltigkeit: Klingt ja alles nicht so schlecht. Tatsächlich stellt sich diesen ambitionierten Zielen auch kaum jemand entgegen. Allein die angestrebte Verlagerung von Verantwortung Richtung Unternehmertum sorgt bei den Betroffenen für verständliche Kritik. Wäre es nicht einer der ureigensten Zuständigkeitsbereiche der Politik, dafür zu sorgen, dass von ihr festgelegte Normen, Regeln und Standards auch eingehalten werden?

Natürlich lassen sich die Kontrollvorschriften unter „sozialer Verantwortung“ abheften. Dass von Unternehmerseite aber

„Augenmaß und Machbarkeit“ eingefordert wird, überrascht nicht, stoßen die eingemahnten Sorgfaltspflichten doch auf natürliche Grenzen. Es scheint die Komplexität globaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu ignorieren und nicht besonders realitätsnah zu sein, ein heimisches Unternehmen für etwaige Verfehlungen von Zulieferern der Zulieferer der Zulieferer verantwortlich zu machen.

**„Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags.“**

Ja, längst existierende, freiwillige Verpflichtungen, Zertifizierungen und Gütesiegel scheinen bislang nicht gereicht zu haben. Auch die bereits 2011 von der UNO verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft

und Menschenrechte sind ambitioniert, aber etwas zahnlos. Es hat sich – wenig überraschend – gezeigt, dass die Einbindung in den internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch nicht automatisch zu einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Upgrade vor allem am hinteren Ende der Lieferkette führt. Vielmehr hat die Globalisierung gewisse Wohlstandsasymmetrien verschärft. Das steht außer Diskussion.

Auch dass es keine Amnestie bei Menschenrechtsverletzungen und kein Wegsehen bei Umweltsünden mehr geben darf, steht außer Zweifel. Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags. Das überfordert die Betriebe und raubt Europa seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Globale Verantwortung ja, aber um profitungrige Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, soziale Schief lagen zu beseitigen und die Einhaltung der Klimaschutzziele zu garantieren, braucht es sensiblere Instrumente. Betrieben die volle Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte oder ökologischer Mindeststandards in Drittstaaten zu übertragen, ihre Lieferketten also praktisch unter einen Generalverdacht zu stellen, wirkt wenig vertrauensbildend.

Traurig genug, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen dem Thema eine dramatische Aktualität geben, werden doch traditionsreiche, neu aufgesetzte und selbst noch nicht einmal in Betrieb genommene Lieferketten mittels weitreichender Sanktionen (und auch im wahrsten Wortsinn) gesprengt. Zumindest die Frage nach Schuld und Verantwortung stellt sich in diesem Fall aber nicht. Die Antwort ist eindeutig.



Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs „Fakt und Faktor. Wirtschaft. Wissen und Wandel“: [www.faktundfaktor.at](http://www.faktundfaktor.at). Zuvor war er für „Die Presse“ und „Kleine Zeitung“ tätig.

# Die Industrie braucht sichere Energie

Die IV steht klar hinter der Linie von Europäischer Union und Bundesregierung zum Überfall Russlands auf die Ukraine. Eine leistbare Energieversorgung muss für den Standort Priorität haben.

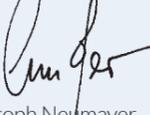
Die Invasion Russlands in der Ukraine betrifft uns in der produzierenden Wirtschaft und in der Kreditwirtschaft in vielerlei Hinsicht: Vor allem bangen wir um die Menschen im Kriegsgebiet. Österreichische Betriebe, die in der Region aktiv sind, machen sich große Sorgen um Gesundheit und Leben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Familien. Viele heimische Unternehmen haben rasch Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen gesetzt. Neben der humanitären Katastrophe sind auch die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der Sanktionen massiv.

Klar ist: Österreichs Industrie unterstützt unmissverständlich die Linie der Bundesregierung und der Europäischen Union. Auf den Bruch des Völkerrechts und einen Angriffskrieg im Europa des 21. Jahrhunderts muss es angemessen klare und gemeinsame Antworten geben. Das sind wir den Menschen in der Ukraine und unseren Werten schuldig, auf denen auch unsere Wirtschaft steht.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass unsere betroffenen Unternehmen bestmöglich bei der Bewältigung der großen Herausforderungen durch Krieg und Sanktionen unterstützt werden müssen. Die Industriellenvereinigung steht daher gerade in diesen Krisenzeiten in engem Austausch mit staatlichen Behörden, um einerseits IV-Mitglieder möglichst rasch zu informieren und andererseits politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ein aktuelles Lagebild aus der Industrie zu vermitteln. Neben abgerissenen Lieferketten und mangelnder Verfügbarkeit von Rohstoffen haben Energieversorgungssicherheit und Energiekosten jetzt Priorität für den Standort Österreich. Oberste

Aufgabe der Energiepolitik ist es, die störungsfreie Versorgung mit Energie – konkret mit Erdgas – aufrechtzuhalten. Ein massiver Eingriff wie die Energielenkung, bei der einzelnen Teilen von Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie schlichtweg abgedreht wird, muss jedenfalls verhindert werden (siehe Bericht auf Seite 4). Fakt ist: Haushalte und Industrie sind auf Erdgas angewiesen. Es bleibt unverzichtbar für die Produktion von Gütern, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

Künftig wird deutlich mehr auf die Diversifizierung von Energielieferungen zu achten sein. Langfristig werden der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energie und gesteigerte Energieeffizienz ihren Beitrag dazu leisten, unabhängiger von russischer Energie zu werden. Dazu müssen aber endlich Genehmigungsverfahren für große Erneuerbaren-Kraftwerke massiv beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen geschaffen werden. Notwendig sind die sofortige Anwendung des bereits bestehenden Standortentwicklungsgesetzes sowie eine echte (!) Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes. Mangelnder Reformeifer wäre angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage geradezu skurril. Bis auf Weiteres werden wir aber weiterhin Öl und Gas aus Russland beziehen, denn auch der ambitionierteste Ausbau erneuerbarer Energie wird keinen kurzfristigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung in unserem Land leisten können.

Ihr  
  
 Christoph Neumayer,  
 IV-Generalsekretär



„Die Stahlindustrie in ganz Europa hat Pläne für eine Reduktion des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks entwickelt. Wir sind auch startbereit. Was fehlt, sind die Rahmenbedingungen dafür: genug grüne Energie, leistungsfähige Netze und ausreichend Unterstützung der Regierung für die Transformation.“

Herbert Eibensteiner,  
 Vorstandsvorsitzender  
 voestalpine AG



„Gerade in der Krise zeigt sich die Bedeutung einer robusten, standorttreuen und innovativen Wirtschaft. Das sollte man bei künftigen Diskussionen über standortrelevante Infrastrukturprojekte nicht vergessen.“

Markus Comploj,  
 geschäftsführender Gesellschafter  
 Getzner, Mutter & Cie.



„Europa hat das Thema Mikroelektronik versäumt. Wir haben weder bei Datenspeicherung, Cloud-Services, Datenverarbeitung in Europa einen Anteil. Aber endlich passiert etwas.“

Andreas Gerstenmayer,  
 Vorstandsvorsitzender AT&S

IN-  
 V-  
 M-  
 E-  
 I-  
 L-  
 L-  
 U-  
 N-  
 G

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 7. März war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine finden Sie unter: [www.iv.at](http://www.iv.at)

## AKTUELLES IN KÜRZE

### POSTING DES MONATS



### INITIATIVE

#### Unsere Industrie hilft

Anfang März hat die Industriellenvereinigung die Task-Force „Unsere Industrie hilft“ eingerichtet. Diese fungiert vor allem als Contactpoint, um Hilfeleistungen einfach und punktgenau zu ermöglichen. „Unsere Industrie hilft“ erreichen Sie unter [industrie.hilft@iv.at](mailto:industrie.hilft@iv.at)

bzw. unter der Hotline **0664 841 29 23**. Die IV möchte mit dieser Initiative einen (kleinen) Beitrag leisten, die humanitären Aktivitäten aus dem Kreis der Industrie zentral zu bündeln und so bestmöglich zu unterstützen. Weitere Informationen unter: [www.iv.at](http://www.iv.at)

unsere  
 INDUSTRIE  
 hilft 

### ZAHL DES MONATS

# 146.000

In den vergangenen vier Quartalen konnten laut Statistik Austria im Schnitt 146.000 offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt nicht besetzt werden. Den größten Zuwachs an offenen Stellen gab es im produzierenden Bereich mit einem Plus von 50 Prozent im Jahresvergleich. Hier waren im Jahr 2021 durchschnittlich 40.200 Stellen vakant.

Die Industrie unterstützt die aktuellen Reformgespräche zur Arbeitslosenversicherung neu und bringt sich hier mit ihrer Expertise ein. Dabei ist es entscheidend, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen. Einen ausführlichen Bericht über notwendige Reformschritte finden Sie auf [www.iv.at](http://www.iv.at) bzw. in der April-Ausgabe der iv-positionen.



# Paradigmenwechsel bei der Energieversorgung?

Der Krieg in der Ukraine hat die Preise für Energie und Rohstoffe weiter in die Höhe getrieben. Warum die Diversifizierung bei Energielieferungen Zeit braucht und weshalb gerade jetzt schnellere Genehmigungsverfahren entscheidend wären.

Schon vor Kriegsausbruch war 2022 ein Jahr der ökonomischen Extreme: Die Inflation kletterte im Februar auf 5,9 Prozent und somit auf den höchsten Wert seit 38 Jahren. Ebenso dramatisch war der Anstieg der Energiekosten: Gegenüber der Zeit vor der Corona-Pandemie hat sich der Preis für Strom bereits vor dem Krieg verdreifacht, jener für Gas sogar versiebenacht. Selbst ohne russischen Angriff auf die Ukraine wäre mit einer Rückkehr in Richtung Normalität nicht vor dem Frühjahr 2023 zu rechnen gewesen.

Angesichts der furchtbaren Ereignisse sind seriöse Prognosen kaum möglich, die ohnehin bereits hohen Energiekosten werden durch den Konflikt weiter angeheizt. Allein am Tag der russischen Invasion stieg der Gaspreis von 80 auf rund 130 Euro je Megawattstunde, Anfang März bewegte er sich in Richtung 200 Euro. Vor allem für energieintensive Unternehmen verursacht das einen beträchtlichen Schaden – unabhängig davon, ob sie mit Russland im Handel stehen. Im Gegensatz dazu hat sich der Gaspreis in den USA oder anderen Regionen mit Abstand weniger bewegt.

Der aktuelle Konflikt zeigt einmal mehr, wie stark die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie an der Verfügbarkeit von Energie und wettbewerbsfähigen Preisen hängt. Zwar ist Österreich dank seiner großen Gasspeicher vergleichsweise gut vorbereitet. Dennoch bleibt eine unangenehme Wahrheit: Die Abhängigkeit der europäischen Energieversorgung von Russland ist gewaltig. 2021 wurde von Russland Gas mit einem Energiegehalt von über 1.600 Terawattstunden nach Europa geliefert. Um das zu ersetzen, bräuchte es 1.500 Freudenaus-Kraftwerke oder rund 70.000 Windräder der größten 280 Meter hohen Onshore-Windturbinen.

## Austausch mit Bundesministerin Gewessler

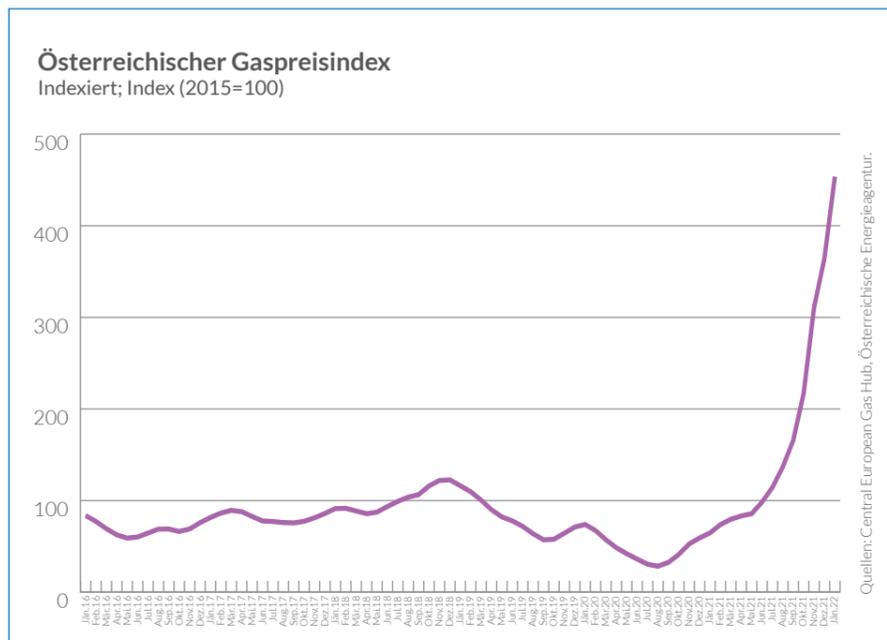
Welche Auswirkungen hat der Krieg auf die heimische Versorgungssicherheit? Vor dem jüngsten Energielenkungsbeirat Anfang März sprach sich die IV vehement für eine störungsfreie Versorgung mit Energie aus. Der massive Eingriff der Energielenkung, wobei einzelnen Teilen der Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie abgedreht würde, müsse jedenfalls verhindert werden. Das und die hohen Energiepreise waren auch

zentrales Thema bei einem Austausch mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler und den Unternehmensvertretern der IV-Ausschüsse für „Infrastruktur“ sowie „Ressourcen, Energie & Ökologie“.

## Genehmigungsverfahren beschleunigen

Die dramatischen Entwicklungen werden zu einer Zäsur österreichischer und europäischer Energiepolitik führen: Mehr Diversifizierung bei Energielieferungen ist notwendig, wird aber angesichts der Größenordnung nicht so schnell möglich sein, wie sich das so mancher vorstellt. Derzeit bezieht Österreich 80 Prozent seines Erdgases aus Russland, mehr als 40 Prozent des Gesamtverbrauchs benötigt die Industrie. Doch nicht nur die Unternehmen – von der energieintensiven Industrie bis zu KMU – sind auf diesen Energieträger angewiesen. Er wird auch für die Stromerzeugung benötigt, und hier auch für die Stabilisierung der Stromversorgung beim Übergang auf ein erneuerbares Energiesystem. Das ist das weniger bekannte Gesicht von Erdgas. Wäre Flüssiggas (LNG) eine kurzfristige Alternative zum Erdgas? Damit könnte die Gasversorgung diversifiziert werden. Allerdings fehlen laut Analysten derzeit in den europäischen Gas-Terminals die Kapazitäten, um die benötigten Mengen zu verarbeiten und zu transportieren. Zudem ist auf den Märkten derzeit nicht ausreichend LNG verfügbar. Grund dafür sind bestehende Lieferverträge.

Ein langfristiger Weg in Richtung mehr Unabhängigkeit von russischer Energie führt über die fortschreitende Umstellung auf eine CO2-freie Wirtschaft mit dem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energie. Das geht aber nur mit einer Kraftanstrengung, die Genehmigungsverfahren für große erneuerbare Kraftwerke beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen schafft. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, neue Energieinfrastrukturen zu errichten? Für die Industrie ist klar: Jetzt muss es darum gehen, ins Handeln zu kommen. Und dafür muss die Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes genutzt und das bereits bestehende Standortentwicklungsgesetz angewendet werden.



# Wie Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte die Lehre sehen

Eine aktuelle Umfrage zeigt: Beim Einstieg in eine Lehre sind Jugendliche weiterhin mit zahlreichen Hürden konfrontiert. Und das liegt keinesfalls ausschließlich an Corona.

Der Lehre geht es gut. Schon vor Corona befand sie sich im Aufwärtstrend und auch der Rückschlag durch die Pandemie konnte mittlerweile mehr als aufgefangen werden. So heißt es oft. Doch stimmt das auch – angesichts der Lehrlingszahlen, die noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt sind und den regelmäßigen Berichten aus Unternehmen von qualitativ und quantitativ nicht ausreichenden Bewerbungen? Die Industriellenvereinigung und die branchenübergreifende Initiative „zukunft.lehre.österreich.“ wollten es genau wissen. In ihrem Auftrag befragte das Marketinstitut im Jänner Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Schulstufe an Mittelschulen und Gymnasien. Aus der Unternehmensperspektive reflektierten IV-Präsident Georg Knill, Werner Steinecker (Energie AG, z.I.ö.), Bernhard Reisner (Miba), Britta Schindler (A1) und Michael Strugl (Verbund) die Ergebnisse bei der Studienpräsentation im Februar.

## Jugendliche wünschen sich mehr Berufsorientierung

Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie schwierig der Einstieg in eine Lehre von allen Befragten

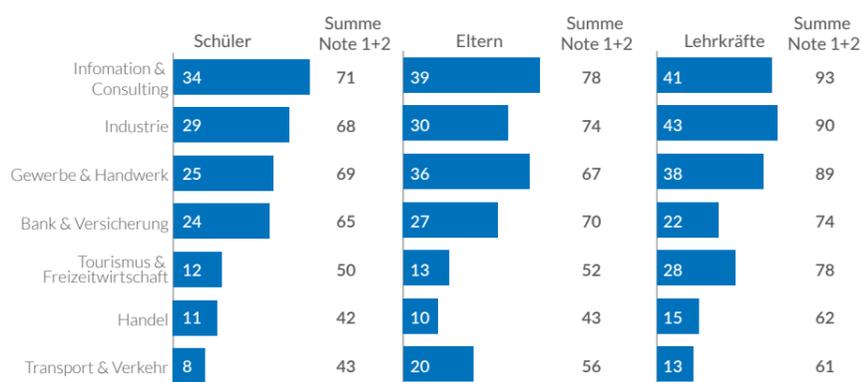
wahrgenommen wird: Die jungen Menschen blicken zwar grundsätzlich eher optimistisch in die Zukunft, dennoch gibt etwa die Hälfte von ihnen Schwierigkeiten bei den richtungsweisenden Entscheidungen zu ihrer Zukunft an. Nur jede bzw. jeder zehnte Befragte der 13- bis 14-Jährigen bewertet die aktuelle Bildungs- und Berufsorientierung als gut, fast alle wünschen sich generell eine bessere Bildungs- und Berufsorientierung in der Schule. Ein Hemmschuh bleibt die COVID-19-Aufstiegs Klausel. Dadurch fehlen den Betrieben mittlerweile an die 10.000 Jugendliche in der Lehrausbildung. Für die Wirtschaft wird es immer schwieriger, genug geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden.

Unternehmen und Jugendliche fanden zuletzt wegen unzähliger abgesagter Info-Veranstaltungen und Schnuppertage deutlicher schwerer zueinander. Digitale Lösungen konnten hier einiges, aber nicht alles kompensieren. Trotz alledem ist vor allem den Jugendlichen grundsätzlich bewusst, dass die Industrie eine der spannendsten Branchen für eine Lehre ist – mit ausgezeichneten Karrierechancen. Aber: Immer noch wird die Matura und damit

der Zugang zur Hochschule als Nonplusultra der Bildung betrachtet. Das belegt die nach wie vor mangelnde Bekanntheit von weiterführenden Berufsbildungsangeboten und alternativen Zugängen zu Hochschulen, wie etwa neuerdings der „Bachelor professional“, für dessen Teilnahme einschlägige Berufserfahrung erforderlich ist.

IV-Präsident Knill betonte die zentralen Empfehlungen der Industrie: eine deutlich umfassendere Berufsorientierung an Schulen insbesondere zu den Möglichkeiten und Angeboten der Industrie, keine mildere Aufstiegs Klausel in diesem Schuljahr sowie eine qualitätsvolle Einstiegsphase für alle angehenden Lehrlinge.

## In welchen Branchen kann man gut Karriere machen? Karrieremöglichkeiten: Note 1 / Summer Note 1+2



Quelle: Marketinstitut, IV, zukunft.lehre.österreich

Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte schätzen die Karrieremöglichkeiten in der Industrie gut ein. Dennoch entscheiden sich zu wenig junge Menschen für eine Lehre im produzierenden Bereich.

## MINT-Mittelschulen starten ab nächstem Schuljahr

Aktuell bereitet das Bildungsministerium mit den „MINT-Mittelschulen“ einen neuen Schultyp in Österreich vor. Dabei werden zentrale Empfehlungen der Industrie umgesetzt.

Was bisher nur dem Musik- und Sportbereich offenstand, soll nun auch bei Naturwissenschaft & Technik möglich werden: Ein erweiterter Lehrplan und mehr Ressourcen. Zusätzlich zu den „regulären“ MINT-Stunden (u.a. Mathematik, Physik, Chemie, technisches & textiles Werken und digitale Grundbildung) soll ein neuer fächerübergreifender Gegenstand „MINT“ mit elf Wochenstunden in vier Jahren entstehen. Dieser soll eine Brücke zwischen den traditionellen MINT-Fächern bilden und projektorientiertes Arbeiten ermöglichen.



### ÜBERBLICK: SCHULEN MIT MINT-FOKUS IN ÖSTERREICH

**MINT-Gütesiegelschulen:** Fokus auf begeisterndes Lernen und Lehren und die Unterrichtsqualität in MINT unabhängig vom Bildungsschwerpunkt: Initiative von IV, Bildungsministerium, Wissensfabrik und PH Wien für Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Matura ([www.mintschule.at](http://www.mintschule.at))

**MINT-Schwerpunktschulen:** Schulautonomer MINT-Bildungsschwerpunkt an Mittelschulen oder Gymnasien, eingeschränkte Verschiebung von Ressourcen wie Schulstunden in Richtung MINT möglich

**NEU: MINT-Mittelschulen als Sonderform:** zusätzliche MINT-Ressourcen „On-Top“, neuer Unterrichtsgegenstand MINT (+11 Wochenstunden), Schulsprenkel gelten für „Schulen in Sonderform“ im Regelbetrieb nicht mehr

**Schulen mit fokussierten MINT-Ausbildungen:** Technische Berufsschulen, HTL, Höhere Land- und forstwirtschaftliche Schulen

Die neue Schulform soll beginnend mit dem Schuljahr 2022/23 als Schulversuch an rund 50 Schulen umgesetzt werden, bevor sie flächendeckend ausgerollt wird. Mittelfristig soll damit auch das Problem der Schulsprenkel aufgelöst werden. Schülerinnen und Schüler könnten dann über die Schulsprenkelgrenzen hinweg eine MINT-Mittelschule besuchen. Die Industriellenvereinigung ist im „Sounding Board“ mit beratender Stimme vertreten. Wichtig ist, dass damit wesentliche Empfehlungen des IV-Programms „MINT2020“ umgesetzt werden. So ist es bereits gelungen, mehr Praxis- und Innovationsnähe im Lehrplan des neuen Faches „MINT“ zu verankern.

Die neuen MINT-Mittelschulen reihen sich in den Kanon jener Schulen ein, die schon heute einen thematischen MINT-Schwerpunkt führen. Sie bieten insbesondere „MINT-Gütesiegelschulen“ oder „MINT-Schwerpunktschulen“ die Chance auf ein „Upgrade“ und werden damit wichtige Zubringerfunktionen in Richtung HTL und technischer Berufsschulen übernehmen.

## IV-UPDATE

### Neue Stiftung soll mehr Frauen in die Technik bringen

Nur ein Viertel aller hoch qualifizierten Wissenschafts- und Technikjobs sind in Österreich durch Frauen besetzt. Dabei bietet gerade der MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sinnstiftende Tätigkeiten, ausgezeichnete Bezahlung und spannende Karriereperspektiven. Und genau hier setzt die neu gegründete Stiftung „MINTality“ an. Sie will Lösungen aufzeigen, um Frauen spannende Karrieren in technischen Berufen zu ermöglichen und finanziell unabhängiger zu machen, Teams diverser zu gestalten und den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

chen sollen vernetzt und skaliert werden; Maßnahmen für die innovative PädagogInnen-Fortbildung bei der MINT-Wissensvermittlung und Gendersensibilisierung sollen entwickelt werden; konkrete Projekte sollen dazu beitragen, Rollenbilder und Stereotypen aufzubrechen; das digitale Lernspiel „Robitopia“ aus Oberösterreich soll bundesweit ausgerollt werden; zudem soll ein Begleitprozess für Mädchen aufgesetzt werden, um sie auf ihrem technischen Ausbildungs- und Berufsweg zu unterstützen.

„Mit einem Stiftungsvolumen von über 1,2 Millionen Euro jährlich bin ich überzeugt, dass wir ganz konkrete Projekte umsetzen können und somit nicht nur ein Think-Tank, sondern auch ein Do-Tank sind“, erklärt die Initiatorin und Sprecherin der Stiftung, Therese Niss. Die Stiftung setzt fünf Arbeitsschwerpunkte: Erfolgreiche Projekte zur MINT-Förderung von Mäd-

Für Niss ist klar: „Die Initiative kommt aus der Wirtschaft und ist für die Wirtschaft.“ Gründungsmitglieder der Stiftung sind Fronius, Miba AG, KNAPP AG, Magna International Europe Group, Oberbank, Greiner, TGW Logistics Group, Umdasch Group Foundation, A1 Telekom Austria AG, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer Österreich und die Innovationsstiftung für Bildung.



V.l.n.r.: IV-Präsident Georg Knill, Initiatorin und Stiftungssprecherin Therese Niss (Mitterbauer Beteiligungs-AG), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius International GmbH), Jakob Calice (Innovationsstiftung für Bildung) präsentierten die neue MINTality-Stiftung.

# Österreich braucht Kapitalmarkt-Booster

Für Altersvorsorge und Green Investments soll es gezielte Anreize geben, zeigt die neue Kapitalmarkt-Umfrage von Aktienforum und Industriellenvereinigung. Mehr Wirtschaftsbildung ist für den heimischen Kapitalmarkt zukunftsentscheidend.

„Die Bevölkerung ist weiter als die Politik“: Das ist für IV-Präsident Georg Knill die zentrale Erkenntnis aus der neuen Kapitalmarkt-Umfrage von Industriellenvereinigung und Aktienforum. Die von Meinungsforscher Peter Hajek (siehe Interview) durchgeführte Studie macht deutlich, dass sich Umgang und Wissen zum Thema Kapitalmarkt auch durch die Corona-Krise deutlich geändert haben – und Industrie und Bevölkerung bei Anreizen an einem Strang ziehen.

## Interesse hoch, Wirtschafts- und Finanzbildung gefragt

Wichtigstes Ergebnis der Studie: Das Interesse der Österreicherinnen und Österreicher für Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder Wertpapiere ist seit 2016 signifikant gestiegen. 29 Prozent der Menschen, die bisher keine dieser Geldanlagen besitzen, interessieren sich nun für einen Kauf. Zum Vergleich: 2016 waren es nur 7 Prozent. Bei jungen Menschen unter 30 Jahren haben sogar zwei von drei ein prinzipielles Interesse an diesen Anlageformen, berichtet Meinungsforscher Peter Hajek ein auffälliges Studienergebnis. Knill: „Die Industrie steht hier an der Seite der jungen Menschen, deren Interesse für die Chancen und Risiken des Kapitalmarkts überdurchschnittlich hoch ist.“ Das eigene Wissen über den Kapitalmarkt wird zwar als gering eingeschätzt, aber es steigt. Ein Viertel (24%) der Befragten kennt sich aktuell gut oder eher gut mit Veranlagungen an der Börse aus, 2017 war das nur jeder Fünfte (21%). Die Menschen wünschen sich jedenfalls mehr Wissen über den Kapitalmarkt: 74 Prozent fordern daher, dass dafür

bei der Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schul- und Lehrplänen angesetzt werden soll.

## Österreicher wollen steuerliche Anreize

Die Altersvorsorge ist für die Österreicherinnen und Österreicher ein wichtiges Thema – dem sie allerdings mit realistischen Erwartungen begegnen: Drei von fünf Befragten (59%) befürchten, dass sie mit einer staatlichen Pension nicht gut auskommen werden. Nur jeder

braucht mehr Anreize für die Vorsorge. Drei von vier der Befragten (76%) fordern daher steuerliche Anreize auf Veranlagungen zur privaten Pensionsvorsorge. Ebenso stehen drei von vier Befragten (74%) einer steuerlichen Begünstigung klimafreundlicher Investitionen positiv gegenüber.

## Behaltefrist bei der KEST wieder einführen

Für IV-Präsident Georg Knill sind die Umfrageergebnisse klarer Beleg dafür, dass die geplante Wiedereinführung der Behaltefrist bei der KEST auch rasch und ohne ideologische Vorurteile umgesetzt werden muss. „Das würde gerade alle jene Menschen unterstützen, die bereit sind, langfristig auch in ihre Altersvorsorge zu investieren“, so Knill. Der internationale Vergleich (siehe Kasten) zeigt zudem, dass Österreich bei diesem Thema erheblichen Handlungsbedarf hat: „Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten. Innerhalb dieser Ländergruppe haben wir obendrein noch den dritthöchsten Steuersatz. Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter“, so Robert Ottel, Präsident des Aktienforums.

**„Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial.“**

Georg Knill  
IV-Präsident

dritte Unter-30-Jährige gibt an, privat für die Pension bereits vorgesorgt zu haben. Bei den 30- bis 50-Jährigen tut dies mehr als jeder Zweite (54%). Klar ist: Es

## Klimaschutz-Begünstigung für Menschen, Klima und Standort

Ein weiterer Kapitalmarkt-Booster wartet beim Thema Klimaschutz. Steuerliche Anreize müssten auch jedem Klimaschützer ein Herzensanliegen sein, so IV-Präsident

**Ideen, um Österreicher zu motivieren, mehr an der Börse zu investieren**  
Werden die nachstehenden Vorschläge für eine sehr, eher, weniger oder gar keine gute Idee gehalten?



Eine deutliche Mehrheit hält steuerliche Anreize sowie mehr Information und Aufklärung über die Chancen und Risiken am Finanzmarkt für notwendig und richtig.





Knill: „Klimaschutz braucht Eigenkapital. Wir reden hier von Investitionen in Billionenhöhe. Das kann der öffentliche Sektor nicht allein stemmen“. Eine Begünstigung für Investments in innovative Unternehmen, die Klimalösungen entwickeln oder die Energiewende mit erneuerbaren Energien vorantreiben, wäre eine Win-Win-Win-Situation für Menschen, Klima und Standort. Die Regierung könnte durch eine KEST-Befreiung bei ökologischen Investitionen ein klimapolitisches Ausrufezeichen setzen, was sich grundsätzlich auch im Regierungsprogramm wiederfindet. „Richtig umgesetzt kann Green Finance ein wichtiger Baustein sein“, unterstreicht auch Ottel, der eine EU-weite praktikable Lösung fordert.

## „Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter.“

Robert Ottel  
Präsident Aktienforum

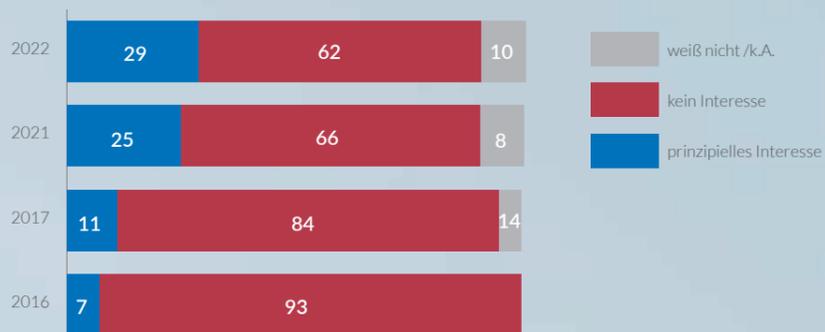
### Finanzbildung für alle

Neben diesen bereits kurz- und mittelfristig wirksamen Maßnahmen plädieren Industrie und Aktienforum für breite Wissensvermittlung in Sachen Finanz- und Wirtschaftsbildung. IV-Präsident Georg Knill: „Die Finanzstrategie des Finanzministeriums ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung, und zwar für alle Altersgruppen, von Jugendlichen bis zu den Erwachsenen. Dabei müssen Lehrmaterialien überarbeitet und mit finanzrelevanten Inhalten angereichert werden.“ Notwendig ist aus Sicht von IV und Aktienforum, Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen bereits ab der Unterstufe oder Mittelschule stärker zu verankern. Außerdem

soll beim nächsten PISA-Test auch das OECD-Financial-Literacy-Tool abgefragt werden. IV-Präsident Knill: „So sehen wir laufend: Wo steht Österreich aktuell – und wo sollte es in Zukunft stehen, wenn es darum geht, die Möglichkeiten eines modernen, attraktiven Kapitalmarktes optimal zu nutzen?“ Für Knill ist angesichts der Studienergebnisse klar: „Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial – gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation. Umso wichtiger ist, dass wir als Industrie auf Seite all derer sind, die die Chancen des Kapitalmarktes nutzen möchten.“

### Interesse an Anlageformen ist gestiegen

Wären sie derzeit prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder sonstigen Wertpapieren interessiert?



Quelle: Marktinstitut, IV, zukunf.lehre.österreich

Immer mehr Österreicherinnen und Österreicher wollen und suchen Alternativen für ihren privaten Vermögensaufbau und ihr Ansparenverhalten. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation muss das ein Weckruf für die Politik sein.

### Internationaler Vergleich: Anreizpolitik für Kapitalbeiträge



- Steuerfreiheit auf Wertzuwächse des Wertpapiervermögens
- Freigrenzen bei der Besteuerung auf Wertzuwächse des Wertpapiervermögens
- Behaltefrist bei der Besteuerung auf Wertzuwächse des Wertpapiervermögens
- Reduktion der Bemessungsgrundlage bei der Besteuerung auf Wertzuwächse des Wertpapiervermögens
- Besteuerung von Wertzuwächsen des Wertpapiervermögens ohne Incentivierung 10 bis 20%; ab 25%

Quelle: EcoAustria

Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten.

## „DIE MENSCHEN SEHEN DIE DINGE REALISTISCH“

Meinungsforscher Peter Hajek über die Einschätzungen der Bevölkerung zu Finanz- und Zukunftsfragen.

INTERVIEW



### ZUR PERSON:

Peter Hajek ist Geschäftsführer und Eigentümer des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Politikwissenschaftler beschäftigt sich seit 25 Jahren mit empirischer Sozialforschung.

**Die aktuelle Umfrage zeigt, dass das Interesse an Aktien und Anleihen deutlich zugenommen hat. Wie interpretieren Sie diesen Anstieg?**

Es tut sich etwas auf den Märkten. Bei jenen, die bisher noch nicht veranlagt sind, sehen wir nicht nur einen signifikanten, sondern einen exorbitanten Anstieg. Die Corona-Pandemie hat natürlich auch Einfluss auf das Anlageverhalten der Menschen: Rund 30 Prozent sagen, dass sich ihr Anlage- und Sparverhalten verändert hat. Es sind vor allem Menschen, die bereits in Aktien oder Wertpapieren investieren und über gutes Börsenwissen verfügen – und unter 30-Jährige.

**Jüngere sind deutlich finanzaffiner als Ältere?**

Auf jeden Fall. Wir beobachten einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer.

**Was die Frage der Anreize für Kapitalmarkt-Investitionen betrifft, ist die**

**inhaltliche Übereinstimmung von Industrie, Aktienforum und Bevölkerung auffallend hoch...**

...ja, es gibt breite Zustimmung zu den diversen Ideen, wie man die Investitionsbereitschaft erhöhen könnte. Das wäre also politisch sicheres Terrain für den Gesetzgeber, hier Verbesserungen umzusetzen. Die Bevölkerung ist jedenfalls nicht gegenteiliger Ansicht, sondern die Menschen sehen die Dinge sehr realistisch: Die durchaus hart gestellte Frage, dass eine Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren, die der Pensionsvorsorge dienen, nichts anderes als versteckter Pensionsraub sei, erhält von der Mehrheit Zustimmung.

**Kann man also sagen, dass trotz mangelnden – und eingestandenen – Kapitalmarktwissens der ökonomische Hausverstand in der Bevölkerung gut ausgeprägt ist?**

Die Österreicherinnen und Österreicher schätzen die Lage sehr gut ein. Sie

**„Wir beobachten hier einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer.“**

wissen, dass man mit den traditionellen Veranlagungen derzeit Verluste macht, aber Wertsicherung oder -steigerung mit Wertpapieren möglich ist. Gleichzeitig empfinden sie sich nicht ausreichend auf die neuen Märkte vorbereitet. Das hindert Menschen daran, ihr sauerverdientes Geld gewinnbringend anzulegen.

# Hehres Ziel rechtfertigt nicht realitätsferne Ausgestaltung

Warum der Vorschlag für das EU-Lieferkettengesetz nicht praxistauglich ist und weshalb sich die Politik nicht aus der Verantwortung stehlen darf.

Ein simpler Schokoriegel hat bis zu 30 Zutaten, die wiederum aus zahlreichen Herkunftsländern eingekauft werden. Für einen Großteil der Unternehmen ist es fast unmöglich, zu wissen, welcher Lieferant in der 5. oder 7. Ebene gegen Standards verstößt. Allein dieses Beispiel verdeutlicht, wie wenig praktikabel der im Februar vorgelegte Vorschlag für die EU-Lieferketten-Richtlinie ist. Dieser will Betriebe künftig verpflichten bzw. in Haftung nehmen, ihre gesamte Wertschöpfungskette auf etwaige umweltschädigende oder gegen die Menschenrechte verstößende Produktionsverfahren zurückzuverfolgen.

## Unlösbare Aufgabe für kleine und mittlere Unternehmen

Wer wird davon betroffen sein? In der ersten Phase soll es um Kapitalgesellschaften ab



500 Mitarbeitern und 150 Millionen Euro Jahresumsatz gehen. Zwei Jahre später zielt das Gesetz auf Unternehmen ab 250 Beschäftigten ab, die in bestimmten Branchen mit einem Jahresumsatz ab 40 Millionen Euro tätig sind (u.a. Textil, Land- und Forstwirtschaft, Holz, Nahrungsmittel, Bodenschätze, Metall, Mineralien, Chemie). Die Regeln sollen auch für Nicht-EU-Unternehmen gelten. Und zwar für jene, die in der EU tätig sind und deren jährliche in der EU erwirtschaftete Umsatzschwelle

40 Mio. Euro überschreitet. KMU werden durch Überwälzung der Informationspflichten ebenfalls erreicht. Die Unternehmensleitung soll verpflichtet werden, Sorgfaltspflichten einzurichten, zu überwachen und in die Unternehmensstrategie zu integrieren. Weiters sind eine zivilrechtliche Haftung des Unternehmens (beschränkt auf die erste Lieferkettenebene Tier 1) und Sanktionsmaßnahmen vorgesehen.

Wie bewertet die Industrie den Vorschlag? Das grundlegende Ziel des Lieferkettengesetzes wird befürwortet, eine überschießende Richtlinie aber abgelehnt. Es ist unrealistisch, kleinere und mittlere Unternehmen dazu zu verpflichten, sicherzustellen, dass ein Lieferant in der 5. oder 7. Lieferkettenebene Standards einhält. Für viele Betriebe wäre das eine

unlösbare Aufgabe. Mehr als fraglich ist, ob Unternehmen überhaupt die Marktmacht haben, die von der EU-Kommission angestrebten neuen Verhaltenskodizes in allen Drittstaaten durchzusetzen. Generell liegt es in der Verantwortung der Staaten, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu garantieren. Verletzungen dieser höchsten Rechte zu vermeiden und zu sanktionieren, kann nicht einfach auf Unternehmen überwälzt werden. Die Politik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Wie geht es weiter? Eine politische Einigung auf EU-Ebene gilt bis Jahresmitte 2023 als möglich. Danach haben die EU-Länder zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in innerstaatliches Recht umzusetzen. Die Industrie setzt sich für ein anwendbares und praktikables Gesetz ein, das wichtige Standards wirksam stärkt.

## AKTUELLES IN KÜRZE

### Quantum Austria will Technologie-souveränität stärken

Das Programm Quantum Austria wird aus Mitteln des Aufbau- und Resilienzplans (2022-2026) der Europäischen Union finanziert. Mit insgesamt 107 Mio. Euro werden exzellente, transformative und innovative Forschung und Entwicklung im Bereich Quantentechnologien inklusive Quantencomputing sowie Next Generation High Performance Computing gefördert. Ziel ist es, Österreich in der EU und weltweit weiterhin wettbewerbsfähig zu positionieren sowie Quantentechnologie erfolgreich für innovative Produkte und Dienstleistungen zu nutzen.

Alle Informationen zum Programm Quantum Austria, den aktuellen Ausschreibungen von Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und Wissenschaftsfonds (FWF) sowie Ansprechpartner finden Sie unter <https://www.ffg.at/quantum-austria>. Um die Positionierung Österreichs als Deep-Tech Standort zu forcieren, organisiert die Industriellenvereinigung (IV) eine Veranstaltung am 23. März 2022 (17 bis 19 Uhr), auf der die zukünftigen Anwendungsfelder für Quantentechnologien in der Industrie sowie Maßnahmen, die bereits heute gesetzt werden können, diskutiert werden.



### Aviso: 5. Kongress christlicher Führungskräfte, 27. – 29. April 2022

Seit Anfang 2020 erleben wir die wohl größte gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Verunsicherung und Erschöpfung sind auch in Unternehmen weit verbreitet. Drängend wird dabei bewusst, wie bedeutend die Kraft positiver Zukunftsbilder ist und wie notwendig Personen sind, die hoffnungsvoll Schritte setzen, um diese zu verwirklichen. Zuversicht gehört zum Pro-

fil von Führungskräften. Die eigene Zuversicht zu pflegen und zu erhalten und andere damit zu inspirieren, ist eine zentrale Führungsaufgabe.

Der diesjährige Kongress christlicher Führungskräfte im Stift Göttweig steht unter dem Motto: „Die Kraft der Zuversicht. Führen in volatilen Zeiten.“ Nähere Informationen und Programm unter: [www.wertevollfuehren.at](http://www.wertevollfuehren.at)



## Masterplan Rohstoffe 2030 – Eine Rohstoffstrategie für Österreich

Als Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen der Rohstoffbranche veröffentlichte das Bergbauministerium (BMLRT) gemeinsam mit IV-Präsident Georg Knill den Masterplan Rohstoffe 2030.

Roh- und Grundstoffe sind die Basis von Produktion und Wertschöpfung der Industrie. Gerne werden sie als Sündenbock für Umweltverschmutzung, Ausbeutung oder Konflikte herangezogen. Fehlen sie allerdings, kommt es zum Erliegen von Produktion und unseres gesamten Alltags. Aber nicht nur das, auch unsere Planungen für die Zukunft und die von der Politik eingeläutete Wende stehen damit auf dem Spiel.

„Durch die Umstellung der Energieerzeugung, der Mobilität sowie die Dekarbonisierung, wird der Bedarf beispielsweise an Seltenen Erden, Nichteisenmetallen oder auch Industriemineralen massiv steigen. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen bringt globale Herausforderungen mit sich, ohne die das Erreichen der Klimaziele unmöglich wird“, meint dazu Bundesministerin

Elisabeth Köstinger. Das aktuelle Beispiel Magnesium, das zu 90 Prozent aus China importiert wird, zeigt die Notwendigkeit deutlich auf, welches das entscheidende Legierungselement für Aluminium und damit ein wesentliches Bauelement für den Leichtbau von Fahrzeugen ist.

Die Forcierung von Rohstoffabbau und Recycling in Europa und Österreich ist daher ein wesentlicher Faktor, um ein unabhängiges, krisenresistentes, aber auch nachhaltigeres Ökosystem zu schaffen. Deshalb hat das Bergbauministerium den Masterplan Rohstoffe 2030 vorgestellt, der Lösungsvorschläge liefert, um auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Dekade reagieren zu können. „Unser Ziel ist es, die verantwortungsvolle und sichere Versorgung Österreichs mit primären und sekundären mineralischen Rohstoffen gewährleis-

ten zu können“, unterstreicht der zuständige Sektionschef Andreas Reichhardt.

Es wurden Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Wirtschafts- und Industriestandorts entwickelt, die zu einem ökosozialen Mehrwert beitragen sollen. Neben der heimischen Ressourcenbasis und der Gewährleistung einer gesicherten internationalen Rohstoffbeschaffung finden auch Innovation, Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie die Themen wie Akzeptanz, Bildung und Dialog besondere Berücksichtigung. „In einer zunehmend herausfordernderen Situation, wo Green Transition, Energieversorgung und geopolitische Abhängigkeiten in Einklang gebracht werden müssen, bietet sich die Sektion IV Bergbau des BMLRT als verlässlicher Partner für die Industrie an, um gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen zu gestalten“, sagt Reichhardt.



Bundesministerin Elisabeth Köstinger und IV-Präsident Knill bei der Präsentation des Masterplan Rohstoffe 2030

### WEBTIPP

Alle Infos zum Masterplan Rohstoffe 2030 finden Sie unter: [bmlrt.gv.at/masterplan-rohstoffe](http://bmlrt.gv.at/masterplan-rohstoffe)

## Fixing the Basics: Von Breitband über Regulatorik bis zum Investitionsklima

Ohne Schaffung bzw. Ausbau unterstützender Rahmenbedingungen in den Bereichen technischer Infrastruktur, Organisation und Verwaltung ist das Ziel eines digitalen zukunftsfiten Österreichs nicht zu erreichen.

Die Anforderungen an Zugang und Verfügbarkeit von Internet in allen Regionen haben sich vervielfacht und die Grenzen der Infrastruktur verdeutlicht. Österreich liegt beim Zugang zu digitaler Infrastruktur lediglich im EU-Mittelfeld. Neben den Grundfeiern Breitbandzugang und -verfügbarkeit stellen eingeschränkte e-Skills und e-Knowledge eine wachsende Hürde für die digitale Wettbewerbsfähigkeit dar.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit im European Innovation Scoreboard relativ zur EU ist seit 2017 rückläufig. Österreich

behauptet sich dennoch im vorderen Mittelfeld der „Strong Innovators“. Will man wieder zur Spitze der „Innovation Leaders“ gehören, braucht es gerade in den aufgezeigten Bereichen verstärkte Maßnahmen.

Was fordert die gruppe1031 und was kann Österreich konkret in drei Jahren umsetzen?

1. Die klare Priorisierung und Beschleunigung des Ausbaus bestehender Infrastruktur sowie einer Bereitstellung notwendiger Mittel sind essenziell. Die erhöhte Leistungsfähigkeit und die Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur in allen

Regionen steigern die Attraktivität des gesamten Standorts Österreich.

2. Vorausdenken und Innovation müssen unterstützt werden. Deregulierung auf öffentlicher Ebene und gleichzeitiges aktives Fördern von Industrie und Bildungseinrichtungen sind dafür dringend notwendig.

3. Der Ausbau einer innovationsfreundlichen Wirtschaftspolitik mit signifikanten Erleichterungen bei digitaler Transformation und Innovationsprojekten wird die Attraktivität für den Kapitalmarkt und zusätzliche Investitionen schaffen.

4. Digitalisierung wird massiv Chancen und Nutzen für Mehrwert und Lebensqualität eröffnen. Die Angst vor Veränderung behindert diesen Prozess. Daher wird eine Kommunikations- und Image-Offensive zum Thema Digitalisierung gefordert.



## Zeit abgelaufen

Europa mag wirtschaftlich Gewicht haben, „soft power“ alleine reicht aber nicht. Es sollte sich rasch etwas ändern.

Darüber, dass die EU sich auch um eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik bemühen sollte, wurde seit Jahren viel diskutiert. Dass Europa zunehmend auf eigenen Beinen stehen müsse, ist zudem seit der stärkeren Orientierung Richtung Pazifik unter US-Präsident Obama immer offensichtlicher geworden. Passiert ist aber de facto nichts, vielleicht ein paar symbolische Maßnahmen, aber das war's schon. Nun wurde Europa deutlich gezeigt, dass die Zeit für muntere Diskussionen abgelaufen ist.

So kann Europa nur Haltung zeigen. Dankenswerterweise hat auch Bundeskanzler Karl Nehammer darauf hingewiesen, dass Österreich militärisch neutral sein mag, aber dass man derart eklatante Brüche des internationalen Rechts natürlich nicht hinnehmen kann. Dass wir klar mit der ganzen EU auf der Seite der Ukraine stehen. Gut, aber gelöst ist leider auch nichts.

So bitter die aktuelle Situation ist, werden wir hoffentlich zumindest die richtigen Lehren daraus ziehen. „Soft power“ alleine reicht nicht, wenn sich andere in der Welt nicht an die internationalen Spielregeln halten. Europa muss jetzt nicht nur rasch auf eigenen Beinen stehen, sondern laufen lernen.

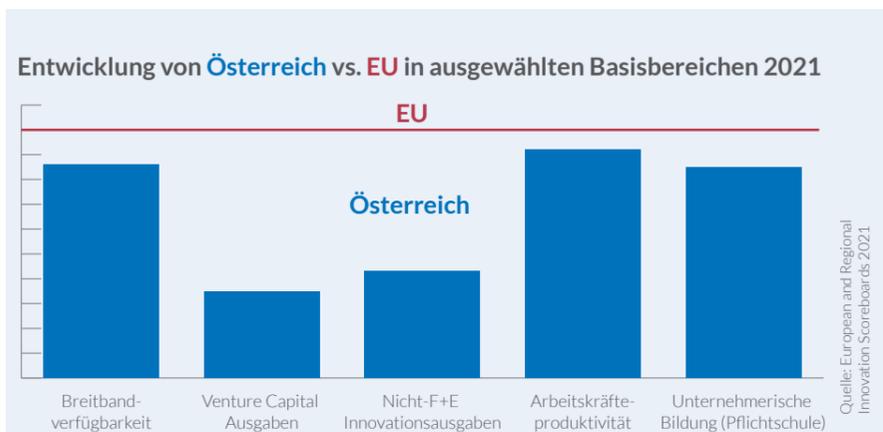
So müssen wir auch dringend schneller daran arbeiten, uns nicht von einem Land durch unsere Abhängigkeit von Energieimporten erpressbar zu machen – auch das ist lange bekannt, noch länger in Diskussion. Passiert ist aber zu wenig.

Last but not least sollten uns die aktuellen Geschehnisse deutlich machen, wie wertvoll eine echte Demokratie ist – bei allem Ärger über manchmal schwierige Konsensfindung oder langsames Regierungshandeln. In einer Demokratie wäre es ungleich schwieriger, dass ein Mann mit einem, sagen wir mal, originellen Blick auf die Weltgeschichte die gesamte Nachkriegsordnung in Europa kippen kann.

Viele haben die aktuelle Lage damit kommentiert, dass wir an einer Zeitenwende stünden, Europa und die Welt würden nach dieser Tragödie nicht mehr dieselben sein. Man kann nur hoffen, dass dies auch auf das gemeinsame Europa und seine internationale Handlungsfähigkeit zutrifft.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



### WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen finden Sie auf [www.gruppe1031.at](http://www.gruppe1031.at)

# Blick hinter die Kulissen der Unternehmensbewertung

Unter dem Motto „Rating Backstage“ lud die Junge Industrie NÖ/Bgld zu einem Webinar in Kooperation mit dem KSV1870.

Wie entsteht ein Rating? Welche Daten fließen dabei ein? Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Bonitätsbewertung? Unter der Moderation der JI NÖ/Bgld-Co-Vorsitzenden Christina Glocknitzer ist die Junge Industrie im Februar diesen Fragen nachgegangen. KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral gab zu nächst einen Überblick über die Situation der insgesamt 30.000 KSV1870-Mitglieder: „Für das Jahr 2022 gehen wir nicht von einer Zunahme der Insolvenzen aus, es kommt eher zu einer Glättung der Statistik.“ Etwa die Hälfte der Betriebe hätte Coronahilfen beansprucht, was aber nicht zu einer Verschlechterung der Bewertung führe, wie KSV1870-Prokurist Günther Fasching erklärte: „Im Gegenteil,

wenn ein Unternehmen vorsichtig agiert, ist das gut.“

Für viele JI-Mitglieder war überraschend, wie viele Daten in eine Unternehmensbewertung einfließen: Die Bandbreite reicht unter anderem von Selbstauskünften, Bankauskünften, Zahlungserfassungen und Bilanzen bis hin zu Insolvenzen. Rund 100 Beschäftigte des KSV1870 pflegen täglich Informationen in die Datenbanken ein. „Medienberichte haben keinen direkten Einfluss auf ein Rating, lösen aber häufig Recherchen aus“, so Fasching. Insgesamt habe die Auskunftsbereitschaft der Unternehmen seit der Pandemie zugenommen. Auch die Bewertung von Cyberisiken spiele eine immer

größere Rolle. Abschließend erhielten die JI-Mitglieder noch Tipps, wie sie ihr eigenes Unternehmensrating verbessern könnten – etwa durch das Einhalten von Zahlungsfristen, Selbstauskünften oder das Einholen von Bonitätsauskünften ihrer Geschäftspartner.



KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral rechnet für 2022 nicht mit einer Zunahme an Insolvenzen.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter [www.iv.at](http://www.iv.at)

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



# Auftakt zur Neuauflage des Standortabkommens zwischen IV-Wien und Stadt Wien

Hochrangige Vertreter aus der Wiener Industrie und der Stadt Wien kamen zum ersten „Round Table“ zusammen, um über gemeinsame Standortthemen zu diskutieren.



v. l. n. r. Stadtrat Peter Hanke, IV-Wien Vizepräsident Philipp von Lattorff, IV-Wien Geschäftsführer Johannes Höhrhan

Auf Einladung der IV-Wien und Stadt Wien traf sich Anfang März eine Arbeitsgruppe im Haus der Industrie, um den Startschuss für die Neufassung des Standortabkommens zu geben. Ziel des Austausches war es, gemeinsame Herausforderungen und Zukunftsthemen zu identifizieren und daraus konkrete Lösungsansätze und Handlungsfelder abzuleiten.

Bereits 2006, 2008, 2010, 2014 und 2018 haben Stadt und IV-Wien ein Abkommen zu Themen und Initiativen für die zukünftige Entwicklung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes unterzeichnet. Das aktuelle Abkommen aus 2018 fasst etwa entlang

der Themen „Unternehmensstadt Wien“, „Bildung“, „Innovation“ und „Verkehr“ zahlreiche gemeinsame Spitzenprojekte und Maßnahmen zusammen, die zu einem prosperierenden Wirtschaftsstandort und einem wirtschaftsfreundlichen Klima in Wien beitragen sollen.

Die Neuauflage baut auf den Erfolgen der vergangenen Abkommen auf und wird unter dem Dachkapitel „Technologiemetropole Wien“ vor allem die Themen „Wirtschaften und Arbeiten in Wien“ sowie „Stadtplanung und Infrastruktur“ zentral behandeln.

Nach den Eröffnungs- und Begrüßungsworten von IV-Wien Vizepräsident Philipp von Lattorff, IV-Wien Geschäftsführer Johannes Höhrhan und Wirtschafts- und Finanzstadtrat Peter Hanke berichteten Eva Czernohorsky von der Wirtschaftsagentur Wien und Fritz Meißl vom Wiener ArbeitnehmerInnen Förderungsfonds (WAFF) über aktuelle Leitprojekte der Stadt aus den Bereichen „Wirtschafts-, Talente- und Innovationsförderungen“ sowie dem Wiener

Arbeitsmarkt, insbesondere dem Aufbau eines Wiener Fachkräftezentrums.

Die anschließende Diskussion bekräftigte unter anderem den akuten Handlungsbedarf zum Thema Arbeits- und Fachkräftesicherung und fokussierte in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung einer umfassenden Bildung sowie entsprechend passgenauer Aus- und Weiterbildungsangebote. So müssen insbesondere die Rahmenbedingungen vieler Bildungseinrichtungen verbessert werden, um einen möglichst breiten und qualitativ hochwertigen Bildungszugang zu gewährleisten. Dabei spielt auch die Lehre als Grundpfeiler der österreichischen Ausbildungslandschaft eine zentrale Rolle.

Trotz der vielfältigen Herausforderungen im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsstandortes kamen die Teilnehmer auch überein, dass es mehr denn je gilt, sich auf die bestehenden Stärken des Standorts zu konzentrieren und diese in Zukunft besser hervorzuheben und konsequenter zu vermarkten.



Fritz Meißl (WAFF)



Eva Czernohorsky (Wirtschaftsagentur Wien)

## IV-Wien-Vorstand: Inflation sowie Arbeits- und Fachkräftemangel belasten Standort

Präsident Christian C. Pochtler unterstrich bei der Vorstandssitzung der IV-Wien den politischen Handlungsbedarf angesichts der hohen Inflation und des akuten Arbeitskräftemangels. Zu Gast waren Finanzminister Magnus Brunner und IV-Chefökonom Christian Helmenstein.

Der Vorstand der IV-Wien traf sich Mitte Februar zur ersten Sitzung des Jahres 2022. Präsident Christian C. Pochtler nutzte diese Gelegenheit, um insbesondere auf aktuelle wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderungen sowie besorgniserregende Entwicklungen am Arbeitsmarkt aufmerksam zu machen.

Befeuert durch vielfach gestörte, globale Lieferketten und die hohen Energiepreise sei die grassierende Inflation (aktuell fünf Prozent) eine zunehmende Belastung für die Österreicher, so Pochtler. Anstatt mit adäquaten Maßnahmen gegenzusteuern, halte die Europäische Zentralbank (EZB) weiter an ihrer Nullzinspolitik fest und warte darauf, dass sich die steigende Inflation durch sinkende Energiepreise von selbst erledige. Gerade angesichts der Eskalation im Russland/Ukraine Konflikt ist dies eine spätestens jetzt nicht mehr nachvollziehbare Position.

Weiters erinnerte der IV-Wien-Präsident, dass es auch hierzulande finanzpolitischen Handlungsbedarf für die Politik gäbe. Die kalte Progression gehöre nun endlich abgeschafft, um die arbeitende Bevölkerung zu entlasten. Die Politik müsse also aktiv werden und die Steuertarifstufen endlich automatisch an die Inflation anpassen.

Kluge Maßnahmen brauche es auch am Arbeitsmarkt, merkte Pochtler an. Die für das Jahr 2022 prognostizierte solide konjunkturelle Entwicklung werde massiv durch den anhaltenden Fach- und Arbeitskräftemangel gebremst. Es sei auch keine Besserung der Situation in Sicht: So werde für die kommenden zwölf Jahre prognostiziert, dass österreichweit 540.000 Menschen mehr aus dem Arbeitsprozess aus- als einsteigen. Die IV-Wien unterstütze daher die schon länger angekündigten Pläne des Arbeitsministeriums für eine Arbeitsmarktreform sowie eine Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte.



Finanzminister Magnus Brunner

IV-Wien Präsident Christian C. Pochtler

### Magnus Brunner skizziert seine finanzpolitischen Vorhaben

Als Gastredner durfte der IV-Wien-Vorstand Finanzminister Magnus Brunner begrüßen. Brunner berichtete über aktuelle Fortschritte in der Umsetzung der ökosozialen Steuerreform sowie weitere zentrale Punkte seiner finanzpolitischen Agenda. Sein Ziel als Finanzminister sei es, den Weg zu einem nachhaltigen Budgetpfad zu ebnet, um für die nächste Krise gewappnet zu sein. Zudem sollen die Steuerzahler und Sparer künftig weiter entlastet werden, weshalb sich Brunner in diesem Zusammenhang unter anderem auch für die Wiedereinführung der Behaltfrist für Aktien aussprach (Mehr dazu im Interview auf S. 12).

Der zweite Vorstandsgast, IV-Chefökonom Christian Helmenstein, referierte über den Technologiestandort Wien und präsentierte in diesem Zusammenhang die Ergebnisse einer neuen Studie, die von der IV-Wien in

Auftrag gegeben wurde. Unter anderem zeige die globale Analyse von über 82 Millionen wissenschaftlicher Publikationen exzellente Erfolge der Grundlagenforschung in Wien. Aufholbedarf ortete Helmenstein hingegen in der Nutzung dieser Forschungsergebnisse für konkrete Innovationen und Lösungen am Standort.



IV-Chefökonom Christian Helmenstein

# Zeitenwende

*Klima-Krise, COVID-Krise und nun Krieg: Wir kommen aus den Katastrophen nicht mehr heraus – gleichzeitig ermöglicht dieser Schock offensichtlich bis dato Undenkbares.*



## DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –  
via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at).

Die Klima-Krise ist und bleibt chronisch, Corona beschäftigt uns schon deutlich länger, als wir gehofft hatten. Und jetzt obendrauf Krieg mitten in Europa. Wir dachten, Bilder,

wie wir sie derzeit im Fernsehen sehen müssen, gehören der Vergangenheit an. Wir haben uns getäuscht, täuschen lassen.

Die Welt steht am Scheidepunkt, international bemühen aktuell alle maßgeblichen Politiker die Phrase des „watershed moments“. Dabei kann noch niemand abschätzen, welche Ausmaße die menschliche Katastrophe in der Ukraine noch annehmen und welche internationalen Auswirkungen dieser Konflikt noch haben wird.

Klar ist, dass sich etwas Entscheidendes geändert hat in der Welt. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Macht der Bilder, der Erzählungen. Auf der einen Seite die militärische Supermacht, waffenstarr, aber weitgehend schweigend, auf der anderen Seite die Ukraine, die ihren Widerstand, vom Präsidenten abwärts, in die Weltöffentlichkeit trägt, Stunde für Stunde. Die mediale Deutungshoheit hat der Präsident der Ukraine mühelos für sich gewonnen. Und das zeigt Folgen: Selten war sich die internationale Gemeinschaft oder auch nur Europa so einig in ihrem Handeln wie derzeit.

Plötzlich fallen Entscheidungen so rasch wie nie, werden Dinge umgesetzt, die früher noch tabu waren. Wir stehen vor einer Reihe an Paradigmenwechseln, – ob in der Sicherheits- und Außenpolitik, der Energiepolitik oder der Flüchtlingspolitik – die Europa nachhaltig verändern werden. Der Schock durch diesen Konflikt hat offenbar zahlreiche Bremsen für Veränderung gelöst.

Bei all dem dürfen wir die langfristige Perspektive nicht aus den Augen lassen, wir müssen auch an das „danach“ denken – wann immer das sein mag. Es muss unumstritten bleiben, dass wir in Europa nur gemeinsam eine gute Zukunft haben können. Ukraine und Russland sind beides unsere Nachbarn – unser Ziel muss es unbedingt bleiben, dass wir für gemeinsame Prosperität auf diesem Kontinent sorgen.

Auch hier und jetzt sollten wir langfristig denken: Schutzsuchende in dieser Situation aufzunehmen ist unsere Pflicht – wir sollten aber auch deutliche Zeichen dafür setzen, dass wir bereit sind, diesen Menschen, wenn sie es wollen, hier in Österreich langfristige Perspektiven, echte Zukunftschancen zu bieten.

Langfristiges, faktenbasiertes, nachhaltiges Denken. Ist es zu akzeptieren, dass konkretes Handeln, dass notwendige Veränderungen, scheinbar nur im Angesicht von Krisen und Katastrophen möglich sind? Darüber sollten wir uns grundsätzlich Gedanken machen. „Alles muss sich ändern, damit alles bleibt, wie es ist“ – diese Erkenntnis aus dem Roman „Il Gattopardo“ von Giuseppe Tomasi di Lampedusa bezieht sich auf Geschehnisse des 19. Jahrhunderts. Haben wir seitdem nichts gelernt? Als Unternehmer wissen wir: Wenn sich ein Unternehmen nicht immer wieder neu erfindet, wird es nicht bestehen. Dies gilt auch für unsere Gesellschaften, unsere Staaten. Darüber müssen wir dringend und ehrlich diskutieren.

Ihr

Christian C. Pochtl,  
Präsident der IV-Wien



## Vom Spin Off zum Weltmarktführer: Junge Industrie Wien zu Gast bei 3D-Druck Unternehmen Lithoz

*Auf Einladung von CEO Johannes Homa besuchte die Junge Industrie Wien Ende Februar das Lithoz Headquarter im Herzen Wiens.*

Im Jahr 2011 als Spin-Off der TU Wien gegründet, arbeitete sich das Team der Lithoz GmbH rund um die beiden Gründer Johannes Homa (CEO) und Johannes Benedikt (CTO) zum Weltmarktführer im 3D-Druck von Keramiken hoch. Mittlerweile beschäftigt das schnell wachsende Unternehmen über 100 Mitarbeiter und betreibt Standorte in Österreich, USA und China. Lithoz bietet seinen Kunden Komplett- und Einzellösungen aus

einer Hand und vertreibt neben den 3D-Druckern auch die zugehörige Software und die benötigten Materialien. Durch das von Lithoz entwickelte Druckverfahren können die fertigen Bauteile höchst spezielle und komplexe Materialanforderungen erfüllen, weswegen Unternehmen aus der Luftfahrt-, Medizin- sowie Halbleiterbranche zu den Hauptkunden des österreichischen Weltmarktführers gehören. Nach der Begrüßung führte CEO Johan-

nes Homa mit einem spannenden Vortrag die Besuchergruppe in die komplexe Welt des 3D-Druckes ein und erklärte, dass Österreich in dieser Branche nicht nur die weltweit am stärksten steigende Patentanmeldungsrate, sondern auch die größte Dichte von 3D-Drucker-Produzenten aufweise. Damit gäbe es in Österreich optimale Rahmenbedingungen für aufstrebende 3D-Druck-Unternehmen. Als ausbaufähiges Manko des Standorts nannte

er die fehlende internationale Bekanntheit und Vermarktung für diese global hervorstechende Stärke. Anschließend konnten die JI-Mitglieder im Showroom des Lithoz Hauptsitzes im 6. Bezirk den Hightech-Druckern bei der Produktion zusehen und Teile der höchst vielfältigen Bauteilpalette bestaunen. Für alle Fragen zu den komplexen Prozessen stand den Teilnehmern das Führungsteam von Lithoz mit seiner gesamten Expertise zur Verfügung.



## „Um den Wohlstand in Österreich zu erhalten und weitere Arbeitsplätze zu schaffen, setzen wir bewusste Maßnahmen“

Finanzminister Magnus Brunner sprach mit den iv-positionen über aktuelle Herausforderungen in der Finanzpolitik.



Finanzminister Magnus Brunner

**Herr Bundesminister, mit der ökosozialen Steuerreform wurde von der Bundesregierung ein Gesamtpaket auf den Weg gebracht, das eine Brücke zwischen Klimaschutz und Wirtschaft schlagen soll. Welche konkreten Veränderungen kommen dabei auf die Steuerzahler zu?**

Mit der ökosozialen Steuerreform entlasten wir arbeitende Menschen und Familien, stärken den Standort und setzen

Anreize für umweltfreundliches Handeln. Während andere Länder Steuern erhöhen, senken wir die Abgaben. In Summe beträgt die Entlastung der Menschen und der heimischen Wirtschaft bis 2025 rund 18 Milliarden Euro. Der deutsche Finanzminister Lindner hat 30 Milliarden Entlastung bis 2025 angekündigt, wir entlasten also um das sechsfache im Vergleich zur deutschen Regierung. Um den Wohlstand in Österreich zu erhalten und weitere Arbeitsplätze zu schaffen, setzen wir bewusste Maßnahmen wie die Senkung der Körperschaftsteuer. Damit kurbeln wir die Wirtschaft an: Laut EcoAustria und dem WIFO steigt das BIP-Wachstum in den Jahren 2022 und 2023 durch die ökosoziale Steuerreform um bis zu rund ein Prozent an. Die Beschäftigung erhöht sich um bis zu rund 30.000 Personen.

**Sie haben außerdem die Wiedereinführung der 2012 abgeschafften Behaltefrist für Wertpapiere angekündigt. Können Sie uns zu diesem Thema einen konkreten Umsetzungsfahrplan bzw. Ihre nächsten Schritte beschreiben?**

Dass das Sparbuch in der derzeitigen Niedrigzinssituation nicht mehr attraktiv ist, ist uns allen bewusst. Daher ist es mein Ziel, die private Altersvorsorge und den langfristigen Vermögensaufbau attraktiver zu machen. Eine sinnvolle Möglichkeit

dabei ist die Behaltefrist bei der KEST. Mir geht es darum, dass wir bei privaten Veranlagungen breiter werden. Der genaue Zeitplan hängt von den anstehenden Gesprächen in der Koalition ab.

**Die Inflation ist auf einem historischen Höchststand. Aus Sicht der Europäischen Zentralbank scheint dies allerdings ein bloß vorübergehendes Phänomen zu sein, während die USA und England bereits Gegenmaßnahmen eingeleitet haben. Wie beurteilen Sie die aktuelle Inflationsdynamik und kann man den Bürgern ihre Sorgen nehmen?**

Wir nehmen diese Sorgen ernst. Daher haben wir als Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern ein Paket gegen die steigenden Energiepreise und zur Entlastung der Menschen geschnürt. Wir helfen einerseits den besonders betroffenen Haushalten und stärken die Kaufkraft aller Menschen in Österreich. Für die Wirtschaft erhöhen wir die Energieabgabenrückvergütung von fünf auf 25 Prozent und stellen mit dem Transformationsfonds ein neues Förderinstrument auf. Aber Sie haben es angesprochen – die Inflation ist nicht nur ein nationales Problem. Ich habe dazu mit EZB-Präsidentin Christine Lagarde gesprochen. Für mich ist klar: Die Preisstabilität muss weiterhin das wichtigste Ziel der europäischen Geldpolitik bleiben.

**Im aktuellen Regierungsprogramm findet sich das Versprechen, die kalte Progression abzuschaffen. Wann können die österreichischen Steuerzahler mit dieser zentralen Entlastung rechnen?**

Das Ziel ist und bleibt, die kalte Progression abzuschaffen. Aber jetzt nach zwei Jahren Corona ist eine Entlastung über eine Steuerreform der bessere Weg. Denn die Entlastungsschritte der ökosozialen Steuerreform bringen den Menschen mehr, als die Abschaffung der kalten Progression bringen würde.

**Sie sind bald 100 Tage im Amt und die Herausforderungen in der Finanzpolitik sind vielfältig. Wie sehen Ihre mittel- und langfristigen Pläne für den zukünftigen Budgetpfad aus – vor allem hinsichtlich der angestrebten Senkung der Abgabenquote in Richtung 40 Prozent?**

In Österreich profitieren wir von der nachhaltigen Budgetpolitik der vergangenen Jahre. Aber ja – wir haben mit umfassenden Wirtschaftshilfen Unternehmen und Arbeitsplätze gerettet und eine Insolvenzwellen verhindern können. Auch auf europäischer Ebene dränge ich auf stabile Finanzen. So können wir für die nächste Krise vorsorgen – auch im Kampf gegen die hohe Inflation hilft ein solider Budgetkurs in Europa und schafft mehr Handlungsspielraum für die EZB.